

Der ferne Frieden

Die neuere politische Entwicklung auf Sri Lanka (Teil I: 1994 – 2001)

Von Jakob Rösel

Die politische Entwicklung in Sri Lanka war in den vergangenen Jahren sehr bewegt und für Außenstehende schwer nachzuvollziehen: Von besonderer Bedeutung dabei sind die letzten zehn Jahre, also jener Zeitraum, in dem nach Beendigung des 17-jährigen – de facto – Einparteienregimes der *United National Party* (UNP), Sri Lanka nunmehr zum vermeintlich stabilen Verhältnis einer (ethnischen) Zweiparteiendemokratie zurückkehren könnte, das die Insel bereits von 1948 bis 1978 charakterisierte.

Mit der Rückkehr zur Legalität und Zweiparteien-Konkurrenz verband sich zudem die Hoffnung, ein Ende des Bürgerkrieges ließe sich zwischen der *Sri Lanka Freedom Party* (SLFP), 1994-2001 – oder UNP, 2001-2004 – und den *Liberation Tigers of Tamil Eelam* (LTTE) aushandeln.

Im ersten Teil der Analyse wird die Phase von 1994 bis 2001 geschildert, in der der Friedensprozess bereits erste Rückschläge unter der von der SLFP dominierten Regierung der *People's Alliance* (PA) (1994-2001) hinnehmen musste.

Der zweite Teil (in der nächsten Ausgabe von SÜDASIEN) beschäftigt sich dann mit dem vorläufig unterbrochenen Verhandlungsprozess zwischen der von der UNP dominierten Regierung der *United National Front* (UNF) und der LTTE (2001-2004).

Auf der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Ebene wird der Friedensprozess bereits seit 1994 blockiert, mit dem Ziel, die weitere Fortsetzung des Bürgerkrieges als einfachste und am wenigsten riskante Lösung erscheinen zu lassen. Diese Blockadehaltung zeigte sich nicht nur zwischen Regierung und Opposition sowie zwischen der singhalesischen Mehrheit und den Minderheiten; bedrückend ist vielmehr, dass solche Blockaden innerhalb der eben genannten

Gruppen sowie zwischen Politik, Militär und Wirtschaft existieren. Für die alte Erkenntnis, dass Konflikte und Bürgerkriege sich selbst erhalten und stabilisieren können, liefert Sri Lanka – nicht erst seit zehn Jahren – ein erschreckendes Beispiel.

Politische Blockade

1994 gelingt es der von Chandrika Kumaratunga Bandaranaike reorganisierten und dominierten SLFP, im Rahmen einer Volksallianz – *People's Alliance* (PA) – genannten Parteienzusammenschlusses die nach zahllosen Verfassungsmanipulationen, Menschen- und Bürgerrechtsverletzungen vollständig diskreditierte und fast führerlose *United National Party* (UNP) an der Macht abzulösen. Diese Ablösung erfolgt im Rahmen von Parlamentswahlen, die der PA allerdings keine überzeugende und stabile Mehrheit sichern. Überzeugender ist dagegen der

Ende 1994 erzielte Wahlsieg Chandrika Kumaratunga Bandaranaike bei den Präsidentschaftswahlen.

Gute Ausgangsposition

Damit scheint die neue Staatspräsidentin über ein dreifaches Mandat zu verfügen: rechtsstaatliche, zivilgesellschaftliche und demokratische Verhältnisse wiederherstellen zu können; neue Initiativen zur Beendigung des elf Jahre alten Bürgerkrieges zu ergreifen und eventuell von einem (für Manipulationen offenen) semi-präsidentialen System zu einem parlamentarischen zurückzukehren. Während die erste Erwartung *grosso modo* von der PA erfüllt wird, wird von dem zweiten Mandat kein überzeugender Gebrauch gemacht und das dritte als parteipolitische Option zwar nicht eingesetzt, aber immer wieder in die Debatte eingebracht. Inzwischen, seit der 2001 begonnenen „Kohabitation“, ist von einer Abkehr vom (Semi-

)Präsidialismus nicht mehr die Rede.

Planlose Friedensinitiative

Entscheidend aber ist, dass die PA keinen erfolgs- und ergebnisorientierten Verhandlungs- und Friedensplan gegenüber der LTTE und der Sri Lanka-tamilischen Minderheit verfolgt. Nach dem Wahlsieg setzt die Staatspräsidentin zwar einseitig einen Waffenstillstand ein, aber sie ebnet nicht durch überzeugende Konzessionen oder Gesten des Vertrauens den Weg für Verhandlungen. Nachdem die LTTE sehr rasch einseitig und ohne überzeugenden Anlass den Waffenstillstand aufkündigt, macht sich die Präsidentin und die PA-Regierung eine Doppelstrategie zu Eigen, an der sie in Variationen und mit leichten Gewichtsverlagerungen bis 2001 festhält: Einerseits rüstet sie auf, sie eskaliert die militärischen Auseinandersetzungen und nimmt damit eine dramatische Vertreibung und Verelendung der tamilischen Bevölkerung auf Jaffna in Kauf; andererseits entwirft sie einen Friedens-, einen Föderalisierungsplan (vgl. *Text of Governmental Devolution Proposal 1995: 1-8*).

Die Friedensinitiative bleibt aber aus zwei Gründen unglaubwürdig: Der Plan ist mit Lücken und Vorbehalten dergestalt durchgesetzt, dass auch ein gemäßigter Tamilenpolitiker ihn nicht akzeptieren könnte – es sei denn, eine dritte Macht würde seine Umsetzung und Einhaltung auf Dauer garantieren. Die Regierungschefin und -partei versäumen es aber, für diesen Plan eine breite innenpolitische Unterstützung zu suchen.

Politische Blockade

Seit 1994 stellt der Führer der LTTE, Velupillai Prabhakaran, folgende Bedingungen für Verhandlungen: Die Verhandlungen müssen auf der Basis der Parität geführt werden. Die Tamilen müssen also als eine sprachliche, kulturelle und historisch eigenständige „Nationality“ anerkannt werden, sie dürfen nicht als Minderheit behandelt werden. Die Verhandlungen müssen auf neutralem Boden, bevorzugt außerhalb von Sri Lanka, geführt werden. Die PA-Regierung muss

sich mit hochrangigen Ministern bei diesen Verhandlungen engagieren und von Anfang an für diese Verhandlungen die Unterstützung seitens der Opposition, der UNP, gewinnen (Interview Bischof von Mannar 4.11.1998).

Die PA hat allerdings nie versucht, der LTTE in diesen für sie unverzichtbaren Bedingungen entgegenzukommen. Fortgesetzte Verhandlungen hätten deshalb der LTTE einen Vertrauensvorschuss abverlangt, den sie nach 50 Jahren der Marginalisierungspolitik und der Vertrauens- und Vertragsbrüche seitens der SLFP und UNP nicht mehr geben will. Der von der PA/SLFP seit 1995 entwickelte und immer wieder re-formulierte Friedensplan, Sri Lanka in eine „Union of Regions“, in eine begrenzt föderale Union zu verwandeln, musste das Misstrauen der Tamilen, Opfer eines Betrugs zu werden, bestätigen. Der Plan, so wie er seit 1997 vorliegt, enthält die folgenden Punkte, die ein weit reichendes Interventions- und Kontrollrecht seitens der singhalesisch-dominierten Zentralregierung vorsehen: Zunächst bleibt die Zusammenlegung der Nord- und der Ostprovinz zu einem autonomen tamilischen *Homeland*, einem *Eelam*, abhängig von einem Referendum in der Ostprovinz, bei dem unter der gegenwärtigen ethnischen Zusammensetzung der Ostprovinz nicht absehbar ist, ob eine Zustimmung zu diesem Zusammenschluss zu Stande kommen kann.

Administrative Schwierigkeiten

Selbst wenn diese Zusammenlegung überzeugend und irreversibel erfolgen sollte, zeigen sich weitere Probleme: Alle großen Straßen, distriktübergreifenden Bewässerungssysteme und Elitebildungseinrichtungen verbleiben unter der zumindest partiellen Kontrolle der Zentralregierung. Die autonome Regierung dieses tamilischen *Homelands* erhält Kontrolle über die Polizei, aber nicht das Militär. Die Küstenstreifen und die großen Häfen, mit Sicherheit Trincomalee, verbleiben unter der Hoheit der Zentralregierung und der betreffenden Fischerei-, Umwelt-, Handels- und Verteidigungsministerien. Die direkt kontrollierten Steu-

erquellen sind unzureichend, das Gros der Steuern wird von der Zentralregierung aus bundesstaatlichen Steuereinnahmen transferiert. Das Recht der tamilischen *Homeland*-Regierung, eigene Entwicklungskredite einzuwerben, bleibt unklar und umstritten. Im Falle unberechtigter oder strittiger Interventionen seitens der Zentralregierung können die Regionen zwar – über verschiedene Instanzen – Beschwerde einreichen, letztendlich entscheidet aber ein singhalesisch-dominierter *Supreme Court* über diese Klagen (*Text of Governmental Devolution Proposal 1995: 1-8*). Die Tamilen müssten also weiterhin damit rechnen, dass im Rahmen distrikt- und provinzübergreifender Bewässerungssysteme singhalesische Neusiedler-Kolonien im Osten angelegt werden können; ihre Kontrolle über die für sie so wesentlichen höheren Bildungseinrichtungen bleibt strittig, und sie müssen nach wie vor damit rechnen, dass sie von einem ausschließlich von Singhalesen dominierten Militär bedroht werden.

Umstrittenes Dezentralisierungs-Paket

Dieses über viele Monate und inzwischen Jahre elaborierte „*Devolution Package*“ enthält also so viele kalkulierte und unkalkulierbare Lücken und Interventionschancen, dass kein verantwortlicher, also mit der Geschichte Sri Lankas vertrauter, tamilischer Politiker dieses Paket annehmen könnte. Erschwerend kommt aber hinzu, dass dieses *Devolution Package* innerhalb der PA-Regierung umstritten ist, von der UNP, solange sie in der Opposition ist, abgelehnt und vom buddhistischen Klerus und den zahlreichen singhalesisch-chauvinistischen Bewegungen zurückgewiesen wird (Interview mit *Kelaniya Chief Incumbent K. M. Sangharakkhita*, 13.11.1998). Die *Devolution Package* wurde von einem eigens dafür eingesetzten Minister, einem angesehenen Rechtsprofessor, und einem eigens dafür geschaffenen Ministerium entworfen. Sceptikern erschien allerdings dieses in Englisch und in der englischen Rechts- und Satzungstradition gehaltene Dokument im Wesentlichen als ein Akt des „*Window Dressing*“, bestimmt für die westlichen Handelspartner und Geber-

länder Sri Lankas, um diesen die prinzipielle Handlungsbereitschaft der Regierung zu signalisieren. Innerhalb der Regierungsbündnis findet der Plan von Anfang an gewichtige Gegner. Teile der SLFP, darunter auch lange Zeit die Mutter Chandrikas, Sirimavo Bandaranaike, lehnen den Plan ab. Aber auch der SLMC, die stärkste unter den kleinen, die PA mittragenden Parteien, kann die *Union of Regions* nicht vorbehaltlos mittragen. Der SLMC stützt sich mehrheitlich auf die in der Ostprovinz siedelnden Muslime, die im Kern, wie die im Südwesten siedelnden Muslime, politisch immer mit den beiden großen singhalesischen Parteien, der SLFP, vor allem aber der UNP gegangen sind. Die Schaffung eines *Tamil Homeland* hängt von der Konzession von Garantien an diese Bevölkerungsgruppe im Osten ab, Konzessionen, bei denen nicht absehbar ist, ob sie von den Tamilen und der LTTE mitgetragen werden. Um ihre parlamentarische Mehrheit zu sichern, stützt sich die PA seit 1994, ebenso wie seit den Wahlen 1999/2000 auf kleinere, oftmals von ihr manipulierte tamilische Parteien. Diese lehnen den Plan als unzureichend ab (P. Saravanamuttu 2000).

Entscheidend aber ist, dass sich die SLFP/PA nie darum bemühte, die UNP zur Unterstützung des Plans zu zwingen oder zu überreden. Die massiven Menschenrechts- und Korruptionsvergehen der UNP hätten der PA nach ihrem Regierungsantritt 1994 die Möglichkeit gegeben, die UNP zu einem innenpolitischen Einlenken und zur Unterstützung eines Friedensplanes zu zwingen. Die SLFP verstand sich aber als eine Kraft der Versöhnung; wenn sie einzelne UNP-Abgeordnete politisch einschüchterte oder juristisch verfolgte, dann nur zum Zwecke des Ausbaus ihrer innenpolitischen Machtstellung. Seit 1995 bzw. 1996 aber konnte sich die UNP unter Ranil Wickremesinghe zumindest so weit wieder konsolidieren, dass sie als einzige denkbare politische Alternative zur SLFP im vordergründig restaurierten singhalesischen Zweiparteiensystem erschien. Sie kritisierte die Friedenspläne der Regierung konstant und verstellte damit den Weg zum aller ersten Schritt – sinnvollen Verhandlungen mit der LTTE.

Zunehmender Widerstand

Selbst wenn es gelungen wäre, das gesamte Regierungslager und die UNP hinter den ohnehin fragwürdigen Friedensplan der Regierung zu bringen – eine schier aussichtslose Aufgabe – so zeigt sich seit 1998 ein wachsender Widerstand innerhalb der singhalesischen Mehrheit gegen die Friedensabsichten der Regierung. Die von der PA-Regierung vorgeblich rekonsolidierte srilankische Bürgergesellschaft, „*Civil Society*“, zeigt ein doppeltes Gesicht. Auf der einen Seite zeigen sich in dem wieder offenen und vom Regierungsterror befreiten Öffentlichkeitsraum seit 1994 zahlreiche und nach außen und in den englischen Printmedien unübersehbare Friedensbewegungen. Sie konzentrieren sich aber auf die Großstädte und die beiden angesehenen Universitäten, sie stützen sich auf Nicht-Regierungsorganisationen (NRO), sie erhalten Förderungen durch westliche Stiftungen oder Entwicklungshilfe und in den anglofonen Medien haben sie Erfolg, aber bei der Masse der Wähler keine Wirkung (St. Klingebiel/J. Rösel 1999).

Anfänglich eher begrenzt, seit den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 1999/2000 aber unübersehbar, treten inzwischen ausschließlich singhalesischsprachige Organisationen und kleinere Parteien auf, die den Schutz der Singhalesen und die Verteidigung des Vorranganspruchs des „Löwenvolkes“ bereits im Namen führen. Bei den Parlamentswahlen 2000 können diese Organisationen und Kleinparteien, im Gegensatz zu neuen oder alten diskreditierten Linksparteien, beachtliche Erfolge verbuchen. Sowohl in diesen singhalesisch-chauvinistischen Organisationen wie auch außerhalb zeigt sich aber jetzt wieder die Agitation oder die diskrete politische Einflussnahme der drei großen Mönchssekten, insbesondere der *Siam Nikaya* und ihrer *Maha Nayakas*. Sie stellen Bedingungen an die Friedensbemühungen der Regierung, die im Kern darauf hinauslaufen, dass sichergestellt werden muss, dass Sri Lanka nach wie vor unter dem einen „Sonnenschirm“ der buddhistischen Herrschaft verbleibt. Damit wird nicht nur die „*Union of Regions*“, sondern selbst das seit 1987 unter indischem Druck angenommene, aber

nicht nachhaltig umgesetzte Modell der begrenzten Verwaltungsdelegation an die Provinzräte, „*Provincial Councils*“, fragwürdig.

Radikale Jugend

Noch erschreckender aber ist die seit den letzten Wahlen unübersehbare Wiedererstehung einer vordergründig sozialkritisch radikalen, hintergründig singhalesisch-chauvinistischen terroristischen Jugendbewegung und Partei, der *Janata Vimukti Peramuna* (JVP). Der zweite Aufstand dieser ursprünglich maoistischen Jugendbewegung, die den *Indo-Sri Lankan Peace Accord* von 1987 mit Mitteln eines mörderischen Schattenkriegs bekämpfte, war von der UNP von 1988 – 1990 mit Hilfe von Todesschwadronen und um den Preis von ca. 40.000 Toten niedergeworfen worden. Jetzt, bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 1999/2000 erreicht diese vorgeblich demokratisch geläuterte militante Jugendbewegung rund sechs Prozent der Stimmen und konstituiert eine dritte Kraft, innerhalb und außerhalb des Parlaments.

Das Wiedererstarken dieser Jugendbewegung zeigt zugleich den Erfolg, ebenso wie die Grenzen einer wirtschaftlichen Modernisierung und der Globalisierung auf Sri Lanka: Die JVP stützt sich jetzt auf eine bereits dritte Generation von arbeitslosen, singhalesisch-extremistischen und sozialistisch-radikalisierten Jugendlichen; sie findet ihre Wähler nicht mehr nur in ihrer Ursprungsregion, dem marginalen und verelendeten Süden, sondern in den Städten und in den exportproduzierenden Zonen bei Colombo. Ein seit dem 19. Jahrhundert über verschiedene Entwicklungsstadien wiederentstandener Buddhismus und neu geschaffener *Singhala*-Nationalismus macht damit kulturell und sozial, außerparlamentarisch und parlamentarisch, inmitten einer singhalesischen Öffentlichkeit und auf Nebenschauplätzen – den Klöstern, Schulen, Dorfräten und Folkloreveranstaltungen – Front gegen die ohnehin wenig überzeugenden Friedensbemühungen der Regierung (M. Mayer 2002: 149-209).

Dabei können sich alle diese politischen und religiösen Gegenkräfte auf Erfahrungen, Bedrohungen und Ereignisse stützen, die sich aus dem bislang ergebnislo-

sen Bemühen der Regierung ableiten, die Tamil Tiger mit militärischen Mitteln niederzuwerfen.

„Militärische Lösung“

Ende 1994 erklärt die neugewählte PA-Regierung einen einseitigen Waffenstillstand, der allerdings nicht von überzeugenden Verhandlungsangeboten begleitet wird. Die LTTE bricht kurze Zeit später den Waffenstillstand. Seitdem befindet sich die PA-Regierung in der innenpolitisch wie außenpolitisch vorteilhaften Lage, einerseits gegenüber einer nachweislich militanten und vorgeblich nicht verhandlungsbereiten LTTE aufrüsten zu „müssen“, andererseits nach außen eine kaum präzierte Verhandlungsbereitschaft vortäuschen zu können. Es setzt jetzt eine, im Vergleich zur UNP-Herrschaft weit größere Aufrüstung ein, und Ende 1995 glaubt die Regierung den Konflikt militärisch entscheiden zu können. Im Rahmen der Operation *Riviresa*, „Sonnenstrahl“, erobern srilankische Militäreinheiten die Halbinsel und die Stadt Jaffna. Die schwierige und von massiven Bombardierungen Jaffnas begleitete Invasion führt aber zu einem Ergebnis, das die PA-Regierung anscheinend zuvor nicht in ihre Überlegungen einbezogen hat. Die LTTE zwingt die Mehrheit der Bewohner von Jaffna, die Stadt in Richtung der Dschungelregionen südlich des Elephant Pass, in Richtung des Distrikts Vavuniya, zu verlassen. Die Stadtbewohner fliehen unter Mitnahme ihrer Habseligkeiten, oft sogar ihrer Wellblechdächer. Die Armee okkupiert eine nur noch von wenigen Tamilen bewohnte Geister- und Trümmerstadt, eine Stadt überdies, in der nach wie vor die LTTE eine schattenhafte und zugleich effektive Herrschaft ausübt. Rund 200.000 Menschen stranden aber in den von der LTTE seit langem kontrollierten Dschungelregionen von Vavuniya und dienen der LTTE dazu, die PA-Regierung in eine politische und moralische Zwangslage zu bringen. Komplizierte und zumeist verdeckte Arrangements bilden sich heraus. Die Flüchtlinge leben unter einer de facto LTTE-Kontrolle in Camps und Gebieten, die der srilankische Staat und seine Beamten nicht mehr erreichen können, die die Re-

gierung aber gleichwohl als ihrer Verwaltung unterstehend betrachtet. Die für diese Gebiete zuständigen Verwaltungsabteilungen und Beamten residieren jetzt in der Distriktstadt Vavuniya, von hier aus organisieren sie eine virtuelle Verwaltung und handeln mit den Vertretern der Flüchtlinge, also der LTTE und den in Vavuniya-Stadt ansässigen internationalen Hilfswerken die Versorgung der Flüchtlinge aus. In Konsequenz seines Eroberungssieges sieht sich also der singhalesische Staat mit einem Flüchtlingsproblem konfrontiert, das seinen Souveränitätsanspruch ebenso wie seine Generosität in Frage stellt.

Verlust der militärischen Kontrolle

Von Anfang an bleibt der militärische Zugang auf die Halbinsel über den See-, Luft- und Landweg gefährdet. Die LTTE richtet rasch alle ihre Anstrengungen darauf, die von Vavuniya-Stadt zum Elephant Pass führende Straße zu unterbrechen. Ende 1996 verliert die Regierung diese Landverbindung schließlich. Im Rahmen einer weiteren Großoffensive, „Sicherer Sieg“ genannt, versucht sie ergebnislos in den folgenden Jahren die Kontrolle über den Landweg zurückzugewinnen. Die Offensive führt nicht nur zu hohen Verlusten, vor allem auf Seiten der wenig ausgebildeten und wenig motivierten jungen singhalesischen Soldaten zeigt sich jetzt eine beunruhigende Entwicklung: Immer mehr Soldaten beginnen, zumeist mit ihren Waffen, zu desertieren. Die Zahl dieser bewaffneten, manchmal von Straßenraub lebenden, überwiegend aber in ihre Heimatregionen zurückkehrenden Deserteure, wird auf mehrere Tausend geschätzt. Amnestieangebote verdeutlichen die Schwäche der Regierung und bleiben zumeist ohne Erfolg. An der Ostküste wiederum zeigt sich eine verstärkte Präsenz der LTTE. Im Distrikt Mullaitivu verfügt die LTTE in den unzugänglichen Dschungelgebieten über ein von der Regierung bislang nicht angegriffenes, als uneinnehmbar geltendes Bunker-, Höhlen- und Lagersystem. Von hier aus organisiert Velupillai Prabhakaran die Aufstandsbewegung und

von hier aus steht er auch im ständigen Kontakt mit seinen Gefolgsleuten, mit tamilischen Würdenträgern – etwa dem Erzbischof von Mannar –, aber auch mit den, in dieser Region tamilischen, *District Agents* und anderen Regierungsbeamten. Im südlich angrenzenden Distrikt Trincomalee zeigt sich eine weitgespannte, schattenhafte und wirkungsvolle Kontrolle seitens der LTTE, in bestimmten Bereichen nimmt sie die Form allgemein bekannter, aber offiziell ignoriertes „befreiter“ Zonen an (Interviews mit *Government Agents* und Vertretern des IKRK in Vavuniya und Trincomalee 8.9. und 10. November 1998).

Eskalation durch Terror

Vor allem aber setzt Tamilenführer Prabhakaran jetzt in noch stärkerem Maße auf die Strategie des Terrors und des Attentats: Bereits vor der Präsidentschaftswahl Dezember 1994 hatte Prabhakaran den indischen Premierminister Rajiv Gandhi, den Staatspräsidenten Sri Lankas und Retter des UNP-Regimes Ranasinghe Premadasa und schließlich den UNP-Präsidentschaftskandidaten Gamini Dissanayake, gemeinsam mit einem Teil der UNP-Elite, mit Hilfe „lebender Bomben“ getötet. Zu keinem der Anschläge hatte sich die LTTE bekannt. Jetzt, in Reaktion auf die Eroberung und die Okkupation Jaffnas durch die Regierungstruppen steigert und systematisiert die LTTE diese Strategie des namenlosen Terrors. Mit Hilfe eines mit Sprengstoff gefüllten Lastwagens wird die Zentralbank von Sri Lanka weitgehend zerstört und auf das Hochhaus des „Welthandelszentrums“, eines Ablegers des *World Trade Centers*, wird ein Bombenanschlag verübt. Kommandos der LTTE versuchen, das zentrale Treibstofflager der Insel bei Colombo in die Luft zu sprengen und den Hafen von Colombo zu verminen.

Mitte des Jahres 2001 zerstört ein LTTE-Kommando ungefähr ein Viertel der Flugzeuge der nationalen Fluglinie Air Lanka und viele Maschinen der srilankischen Luftwaffe. Die mit der Regierung kooperierende, gemäßigte tamilische Partei TULF verliert durch einen mit Hilfe einer „lebenden Bombe“ durch-

geführten Anschlag ihren auch international angesehenen Vertreter, Neelam Tiruchelvam. Bereits früher hatte die Partei ihren langjährigen Führer Amrtasingham und viele ihrer Parlamentsmitglieder durch Attentate der LTTE verloren. Die von gemäßigten Tamil-Politikern mitgetragene Stadtverwaltung von Jaffna wird durch die Ermordung erst der Bürgermeisterin, dann ihres Nachfolgers geschwächt. Die Staatspräsidentin selbst entgeht nur durch Zufall lebend, aber verletzt, einem inmitten von Colombo durchgeführten Selbstmordangriff.

Bereits vorher war ein Teil des Heereskommandos für Jaffna, allerdings nicht der Verteidigungsminister Ratwatte, einer Bodenmine zum Opfer gefallen. Hinzu kommen Angriffe und Angriffsversuche auf die Hauptquartiere von Armee und Marine, ebenso wie auf *Check Points* in der belagerten Hauptstadt. Schließlich greift die LTTE mit von Selbstmördern, „Märtyrern“, gesteuerten sprengstoffbeladenen Schnellbooten Regierungsschiffe an, die Truppen und Munition oder tamilische Zivilisten und Nahrungsmittel nach Jaffna bringen. Aber auch ein Flugzeug der Fluglinie, die die Verbindung zwischen Colombo und Jaffna sicherstellt, wird mit *Stinger*-Raketen abgeschossen.

Den Höhepunkt dieser Angriffe bildet die im Januar 1998, auf die Feiern zur 50-jährigen Unabhängigkeit Sri Lankas zielende Explosion einer Autobombe vor dem Zahntempel in Kandy. Der Anschlag richtet sich auf eine der wichtigsten historischen Monumente Sri Lankas und auf das mit Abstand bedeutendste Reliquienheiligtum und Herrschaftssymbol der Buddhisten (P. Chalk 2000:8).


Tamilischer Machtbeweis

Diese Angriffe sollen zerstören und drohen, etwas bewirken und etwas bedeuten. Prabhakaran demonstriert durch diese Attacken, in welchem Umfange er nicht nur die Regierung, Opposition und Armee, sondern auch die Funktionsfähigkeit und die Außenverbindungen, die ehrwürdigen Herrschaftssymbole und neuen Prestigebauten, das Ansehen und die Stabilität des Staates jederzeit angreifen und beschädigen kann. Die LTTE

demonstriert, dass sie diese Attacken durchführen kann – aber nicht durchführen muss. Der Terror soll der Regierung zugleich die Dimensionen einer möglichen Eskalation des Terrors aufzeigen – etwa die weit gehende Unterbrechung der noch verbliebenen See- und Luftverbindungen nach Jaffna oder Angriffe auf Touristenzentren und Touristenflugzeuge. Damit zeigt der Terror der Regierungsseite die Kosten einer eventuellen weiteren militärischen Eskalation auf. Damit hat sich in der Front- und Gegenüberstellung von konventioneller Kriegsführung und Terror eine militärische Blockade eingestellt. Sie resultiert auf Regierungsseite weniger aus der Unfähigkeit, eine weitere Eskalation zu finanzieren und zu organisieren, sondern aus der Bereitschaft, lieber einen militärischen *status quo* zu ertragen als noch stärkere Terroranschläge und damit den Staatszusammenbruch zu riskieren. Diese Bereitschaft, die weitere militärische Eskalation zu beenden und in einen *status quo* einzuwilligen, wird allerdings erst verständlich, wenn wir zusätzlich eine dritte, eine wirtschaftliche Blockade in Rechnung stellen (H. Schaffer 1996, 1997).

Ausblick

Eine politische (Parteien-)Blockade verhinderte damit bis 2001 ernsthafte Verhandlungsinitiativen, eine militärische (Eskalations-)Blockade stabilisierte den *status quo* und eine wirtschaftliche (Entscheidungs-)Blockade ließ den politischen und militärischen *status quo* als am kostengünstigsten erscheinen. Damit brachte die innenpolitische Entwicklung unter der PA-Regierung bis 2001 politische, militärische und wirtschaftliche Blockaden und Interessenkonstellationen hervor, die Verhandlungen und eine Friedenslösung vereitelten. Wie sieht die dritte, die wirtschaftliche Blockade aus? Konnte und kann der Machtwechsel, die „Kohabitation“ von UNP und SLFP diese strukturellen Blockaden aufbrechen?

Lesen Sie dazu den zweiten Teil in der nächsten Ausgabe von SÜDASIEN. 

► Literatur:

Chalk, P. (2000): *Liberation Tigers of Tamil Eelam's (LTTE) International Organization and Operations – Preliminary Analysis*, in: *Commentary No. 77, A Canadian Security Intelligence Service Publication* (www.fas.org).

Klingebiel, St./Rösel, J. (1999): *Hauptbericht zur Evaluierung "EZ-Wirkungen in Konfliktsituationen"*, Fallstudie Sri Lanka, Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bonn (unveröffentlichtes Manuskript).

Mayer, M. (2002): *Jugendkonflikte und Entwicklungsplanung. Eine sozial-geographische Analyse der Lebenschancen Jugendlicher und der Potentiale dezentraler Planung in Sri Lanka, Saarbrücken*.

Saravanamuttu, P. (2000): *Sri Lanka in 1999. The Challenge of Peace, Governance, and Development*, in: *Asian Survey*, Vol. 40, No. 1, S. 219-225.

Schaffer, H. B. (1996): *Sri Lanka in 1995. A Difficult and Disappointing Year*, in: *Asian Survey*, Vol. 36, No. 2, S. 216-223.

Schaffer, H. B. (1997): *Sri Lanka in 1996. Promise and Disappointment*, in: *Asian Survey*, Vol. 37, No. 2, S. 143-148.

Text of Governmental Devolution Proposal (1995), Colombo, 8 S.

► **Zum Autor:** Jakob Rösel ist Professor für Internationale Politik und Entwicklungszusammenarbeit am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock.